

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292-297
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Verlag und Anzeigenabteilung: Geschäftszeit 9-5 Uhr

Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292-297

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Tschechen und Deutsche.

Gibt es Konsequenzen der agrarischen Uebernationalität?

Die Annahme der tschechoslowakischen Zollvorlage mit den Stimmen einer allbürgerlichen gegen eine allsozialistische Zusammenballung hat natürlich die Vermutung erzeugt, daß den Deutschbürgerlichen für diesen großen Dienst auch entsprechende Gegenleistungen versprochen worden seien; zwar würde wahrscheinlich eine Änderung der Minderheitsgesetze noch nicht durchzuführen sein — aber man weiß, zumal auf solange österreichisch-gewesenem Gebiet, daß es auf die Handhabung der Gesetze und Verordnungen oft mehr ankommt, als auf ihren Wortlaut...

Die Auffassung der tschechischen Sozialdemokraten zeigt folgender knappe Auszug aus einem Artikel des Abg. Gen. Štěpán im „Pravo Lidu“ (wörtlich übersetzt: Das Recht des Volkes):

Wenn es wider alles Erwarten gelingen sollte, die tschechisch-deutsche Mehrheit zu erhalten und zu festigen, dann werden die Deutschen Zugeständnisse verlangen, die ihnen der tschechische Teil der Mehrheit auf nationalem Gebiet gar nicht, auf finanziellem, also zu Lasten der Staatskasse nur schwer wird machen können. Würde man den Deutschbürgerlichen in Fortsetzung des begonnenen Kurzes die Unterstützung eventuell geplantes arbeiterfeindlicher Anträge als Entschädigung zugestehen, so würde das zu den schärfsten Massenkämpfen im Staate führen.

Die Ansicht des Präsidenten Masaryk.

Staatspräsident Masaryk erklärte in einem Interview, er sehe den Grund für die Schwierigkeiten der Tschechoslowakei darin, daß die Tschechoslowakei einen neuen Staat bilde. Die damit verbundenen Aufgaben seien um so schwieriger, als die

Tschechoslowaken in Oesterreich gegen den Staat waren und sich an eine Regierung des Staates gewöhnten (sie waren aber auch oft und lange Regierungspartei! Red. d. V.), die sich in gewissem Maße auch heute kundgibt. Hinsichtlich der Frage einer Abänderung der Wahlordnung und einiger Teile der Verfassung gab er der Meinung Ausdruck, daß man politisch von einer solchen Änderung nicht allzuviel erwarten dürfe. Zu den Anspielungen auf eine Diktatur bemerkte Präsident Masaryk, das Beispiel der Diktatur in anderen Ländern passe nicht auf die Verhältnisse der tschechoslowakischen Republik. Nach dem Umsturz herrsche jetzt das Bedürfnis nach Ruhe zur Arbeit. Jedes unbesonnene Vorhaben, ja auch nur eine tiefere politische Krise würde zweifellos die tschechoslowakische Währung schädigen und die Arbeiterparteien, die dies richtig erkannt, seien daher (aber doch nicht bloß deswegen, sondern als Demokraten! Red. d. V.) auch gegen diktatorische Gelüste. Er verstehe nicht, wie es eine bürgerliche Fraktion geben könne, die mit diesem Feuer leichtfertig spiele. Er sehe darin einen Beweis, daß die Parteien eine Krise durchleben, die freilich nicht die einzige sei.

Auf eine Frage über

Die Politik gegenüber der deutschen Minderheit

antwortete der Präsident: Da sich unsere Nationalität und der Staat nicht deckt, da wir nationale Minderheiten haben, ist die Frage der Minderheiten so wichtig. Ich wiederhole, was ich bereits mehrere Male gesagt habe: Das Problem unserer deutschen Minderheit ist unter wichtigstes politisches Problem, das von unseren Staatsmännern gelöst werden muß. Sobald die Deutschen unseren Staat nicht mehr negieren und zwecks Mitarbeit eine Regierungspartei werden, werden sich automatisch all jene Konsequenzen einstellen, die für die übrigen Regierungsparteien gelten. Das ist eine so einfache und klare Sache, daß hier keine besondere Deutschfreundlichkeit notwendig ist, sondern nur ein bloßer politischer Verstand und Umsicht.

Völkerverständigung.

Eine Rede Stresemanns.

Der Verein der ausländischen Presse in Berlin hielt ein Gründungsfest ab, zu dem auch der Reichsaußenminister, die ausländischen Diplomaten usw. erschienen waren. Der Vorsitzende Blun („Le Journal“, Paris) bezeichnete es als die Pflicht eines in einer ausländischen Hauptstadt tätigen Korrespondenten, das Land, dessen Gastfreundschaft er genießt, in seinem eigenen Vaterlande bekanntzumachen, frei von jedem Vorurteil und mit dem besten Willen, durch seine Berichterstattung der hohen Sache des Friedens und eines besseren Verständnisses der Völker zu dienen. Die hier Versammelten haben alle die Schrecken des Weltkrieges miterlebt, sie sind auch alle Zeugen des Elends gewesen, das Deutschland nach dem Kriege über sich ergehen lassen mußte. Diese Erinnerungen, gepaart mit den persönlichen Erfahrungen, die viele von uns gemacht haben und heute noch machen, sind es in erster Linie, die uns dazu veranlassen haben, nach bestem Wissen und Gewissen die Bemühungen tatkräftig zu unterstützen, die Reichsminister Dr. Stresemann seit Jahr und Tag zur Befriedung Europas unternommen hat und noch unternimmt.

In Erwiderung auf die Begrüßungsrede sprach der Gesandte des Papstes,

Nuntius Vacelli.

von der Verantwortlichkeit der Presse und sagte: Die Tränen, die der verheerendste aller Kriege verursacht hat, sind längst noch nicht getrocknet; die Wunden, die er schlug, brennen noch; die Lücken, die er riß, werden sich erst in Jahrzehnten schließen können. Aus diesem furchtbaren Erlebnis ist eines hervorgewachsen, das für jeden gutgesinnten zugleich auch eine Zukunftshoffnung ist: eine starke, alle Völker erfassende Friedenssehnsucht, der heisse Wunsch, eine Wiederkehr dessen zu verhindern, was die Menschheit in den grauenvollen Jahren des Weltkrieges erdulden mußte. Aus dieser Sehnsucht nach Frieden muß ein Wille zum Frieden werden. Und aus diesem Willen zum Frieden muß ein anderes sich herausbilden: Taten und Opfer für den Frieden. Diesen tat- und opferbereiten Willen in den Herzen und den Einstellungen der Völker zu fördern und zu festigen, ist eine Aufgabe, die ohne die aufrichtige und entlohnungstüchtige Mitarbeit der Presse unlösbar bleiben würde. — Hiernach führte

Reichsaußenminister Dr. Stresemann

u. a. aus: Wer als Deutscher den Weltkrieg mit seinen Wechselwirkungen und Nachwirkungen kennen gelernt hat, wie Millionen proletarisiert worden sind, wo Hunderttausende aus einer Bahn gerissen worden sind, von der sie glaubten, daß es ihre Lebensbahn sein würde — Nachwirkungen, die naturgemäß eine divergierende Strömung in das Herz eines einzelnen bringen müssen —, wer all dies auf sich wirken läßt, der wird auch verstehen, daß ein Volk, das so unendlich viel in sich geistig verarbeitet mußte, festlich den Beschrei internationaler Annäherung sehr viel schmerzlicher durchzumachen vermochte als andere Nationen, denen das Glück mehr leuchtete als ihm in dieser Zeit, der wird verstehen, daß es auch heute die großen Erlebnisse mit seinen letzten Endkonsequenzen festlich noch nicht durchgearbeitet hat. Und deshalb war auch der Weg der deutschen Außenpolitik ein so unendlich schwerer und dornenvoller. Auch für

Locarno

gibt das eine, daß einem Sonnenschein in diesem wirklich paradiesisch schönen Flecken Erde sehr schwere Tage gefolgt sind, in allen Ländern. Aber ich habe die eine Ueberzeugung, und die berechtigt mich zu dem Vertrauen, daß der Fortschritt der Menschheit nur basiert sein kann auf der Idee des Friedens, daß nur sie die Herzen der Menschheit erobern kann, und diese Ueberzeugung habe ich auf Grund meiner persönlichen Bekanntschaft und meiner

Kenntnis der europäischen Politik. Ich habe auch die Ueberzeugung, daß die Männer, die damals an der Spitze ihrer Völker die Politik von Locarno gutheißten, es auch noch heute tun, und daß das Werk von Locarno die Basis sein muß für die weitere Außenpolitik, das Werk von Locarno und alle die Verträge, die sich daran anschließen. Seit jenen bewegten Tagen — und es waren Tage darunter, wo ich die bittere Empfindung hatte, in Deutschland allein zu stehen — gerade die Weltgeschichte die große tragende Bedeutung der Idee erfährt hatte, zu diesem großen Zusammenkommen der Nationen den Grund mit zu legen; denn ich bin der Meinung, daß es viel weniger auf die Paragraphen ankommt als auf den Geist der Verträge.

In der kurzen, aber verhältnismäßig um so ereignisreicheren Zeit, wo ich deutscher Reichskanzler sein durfte, habe ich vor Ihnen ausgesprochen, daß es nur ein Zeitalter gäbe, das sich mit dem unklaren noch verhalten ließe, nämlich die Epoche von der vorigen Jahrhundertwende bis zum Jahre 1815, eine Zeit, die begann mit großen sozialwirtschaftlichen Auseinandersetzungen, und die vom Kampf der Meinungen über Ideen sich auslöste in Kriege und unendliche Veränderungen der Landkarte brachte; dann kam es zum Frieden. Jetzt hatten wir erst die kriegerische Auseinandersetzung, dann große staatliche Umwälzungen, innere Staatsumwälzungen in vielen Staaten. Sie sind noch nicht abgeschlossen, weil unendlich vieles miteinander ringt in der Gegenwart der Dinge. Aber die Idee, die sich heute der Menschheit empfiehlt, ist, daß

das Gesamtresultat des Weltkrieges ein Elend und ein Unglück für alle

gewesen ist, die am Weltkriege teilgenommen haben. Ich sehe nicht mehr Sieger und Besiegte, sondern nur noch ringende Völker, die sich bemühen, aus dem Chaos, das sich vor ihnen allen aufgetan hat, wieder in die Vernunft zurückzukommen. Sie sehen eine Weltwirtschaft, die nicht getragen ist von dem großen Gedanken des Ausgleichs der Güter; der Austausch gerade zwischen den Rohstoffländern und den verarbeitenden Ländern ist überall unterbrochen, alle Grundgesetze, alle Fundamente, die man als sicher ansah, erscheinen beseitigt. Und in dieser großen Umwälzung steht in die Proletarisierung gerade der Teil des Volkes nieder, der bisher als staatsrechtlich erhalten dastand. Die Interessengemeinschaft der Völker und Staaten ist so groß geworden und das Bedürfnis nach Geistesgemeinschaften, wie das Beispiel zeigt: daß im Augenblick, wo

ein Land, das eben noch glücküberströmt sich als Sieger fühlte, nun im heftigsten Kampfe um die Stabilisierung seiner Währung steht,

niemand bei uns ist, der nicht den Wunsch nach Konsolidierung dieses Landes hat, zumal meiner Ansicht nach Frankreich auch Interesse daran hat, daß die wirtschaftlichen Verhältnisse nicht zu einer destruktiven Lage für Deutschland führen. Wenn die Vergangenheit als Last für sich steht, können wir mindestens aus der Vergangenheit für die Gegenwart und Zukunft lernen. Die Zukunft kann nur basieren auf dem alten kulturell hochstehenden Europa, das der Welt unendlich viel gegeben hat, auf dem Gedanken des Friedens, der Solidarität, der Zusammenarbeit der Völker, kann nur hoffiert werden auf einem Vertrauen in die Zukunft, daß wir uns verstehen lernen und begreifen, daß schließlich uns alle zusammen ein einziges Schicksal bindet, daß wir zu einer glücklichen Entfaltung nicht gelangen, wenn wir mit den Waffen — ich spreche hier nicht von den Waffen des Krieges —, wenn wir mit den Waffen des Geistes und diplomatischer Uebung gegeneinander kämpfen, sondern in gemeinsamem Wirken zusammen dafür arbeiten, daß der Vergangenheit eine bessere Zukunft folge.

Paul Kaufmann 70 Jahre. Heute vollendet der frühere langjährige Präsident des Reichsoberverwaltungsamtes, Paul Kaufmann, sein 70. Lebensjahr. Er hat sich durch seine Kenntnisse und sein warmes soziales Empfinden große Verdienste und allgemeine Achtung erworben.

Gewerkschaften in Japan.

(Von unserem japanischen Korrespondenten.)

Tokio, Anfang Juni 1926.

In der Zeit nach dem Weltkrieg, als sich aus intellektuellen Kreisen ein großer Strom der Aufklärung in die Arbeitermassen ergoß, begannen auch Gewerkschaften in verschiedener Form und Färbung aufzulesen wie die Pilze nach dem Regen. Von diesen Keimen sind manche zu verhältnismäßig größeren Organisationen erwachsen, während andere inzwischen wieder verwest sind. Jetzt scheint die erste Periode des bunten Durcheinanderliegens in der japanischen Gewerkschaftsbewegung beinahe schon vorüber, und so ist es möglich geworden, die ganze Lage im Lande mit einiger Sicherheit zu überblicken. Insbesondere wird die Gründung der ersten proletarischen Partei, der „Bauern- und Arbeiterpartei“, vom 5. März d. J. gewiß einen neuen Abschnitt der Arbeiterbewegung in diesem Lande einleiten und auch der Gewerkschaftsbewegung klarere Gestalt geben. Die Partei ist aber augenblicklich immer noch mit Vorbereitungsarbeit beschäftigt und hat ihre eigentliche politische Tätigkeit noch nicht begonnen.

Die Gesamtzahl der japanischen Arbeiter wird auf ungefähr 7 Millionen geschätzt. In den unter der Gewerbeordnung stehenden Fabriken, einschließlich Bergwerken, Schiffahrt und Staatsbahnen, sind etwa 2.815.000 Arbeiter beschäftigt. Organisiert sind erst etwa 230.000 Arbeiter, also 3,3 Proz. der Gesamtzahl, oder 8,2 Proz. der leistungstunten Arbeiter. Von den organisierten Arbeitern sind etwa zwei Drittel zu Spitzenorganisationen zusammengeschlossen. Die Uebersicht über die japanischen Gewerkschaften gestaltet sich wie folgt:

- 1. Organisationen der gemäßigten Richtung (Trade-Unionismus): Allgemeiner Gewerkschaftsbund Japan 39.850; Gewerkschaftsbund in Marinebetrieben 47.260; Gewerkschaftsbund in Militärbetrieben 1600; Gewerkschaftsbund in Verkehrsbetrieben 14.100; Japanischer Gewerkschaftsbund 4430; Buso- (verfürgter Provinznamen) -arbeiterbund 6440; Tonarbeiterbund 3410; Konstitutionelle Arbeiterpartei 1000. Gesamte Mitgliederzahl 130.840.
2. Organisationen der kommunistischen Richtung: Japanischer Gewerkschaftsausschuß 22.200.
3. Organisationen der anarcho-syndikalistischen Richtung: Landesbund der Buchdrucker 1000; Gewerkschaftsverband Mitteljapans 1300; Gewerkschaftsverband Ostjapans 300. Gesamte Mitgliederzahl 2600.

Die hier erwähnten Organisationen sind zu Spitzenverbänden zusammengeschlossen. Außer diesen gibt es etwa 40 kleinere Gewerkschaften, von denen 10 mehr als 1000 Mitglieder haben. Die gesamte Mitgliederzahl dieser Gewerkschaften beläuft sich auf etwa 75.000. Die meisten von ihnen sind „gelb“.

Manche Organisationen der gemäßigten Richtung, wie der Gewerkschaftsbund in Verkehrsbetrieben, der Japanische Gewerkschaftsverband, der Gewerkschaftsbund in Militärbetrieben, die Konstitutionelle Arbeiterpartei u. a. haben ziemlich viele kommunistische Elemente unter ihren Führern und es ist daher sehr wahrscheinlich, daß sie sich in der nächsten Zeit spalten werden, wobei die große Mehrheit der Mitglieder zweifellos bei der bisherigen gemäßigten Richtung bleiben wird. Unter den kleinen selbständigen Gewerkschaften sind Bestrebungen bemerkbar, wenn nötig nach Ausschluß der „gelben“ Elemente, sich an die bestehenden Spitzenorganisationen anzuschließen, da das Selbstständigbleiben kleine Organisationen immer schwieriger geworden ist.

Bemerkenswert ist, daß etwa zwei Drittel der gesamten Gewerkschaften seit 1924 neu organisiert sind. Der Hauptanreiz zu diesen Gründungen war die immer klarer gewordene realistische Tendenz in der Hauptströmung der japanischen Arbeiterbewegung. Bis dahin hatten anarcho-syndikalistische kommunistische Elemente die Oberhand, aber mit dem neuen Befehl über das allgemeine Männerwahlrecht hat die Bewegung eine rasche Wandlung erfahren. Auch tam gesagt werden, daß das Arbeiterkabinnett in England einen starken Einfluß zugunsten des Trade-Unionismus in Japan ausübte. Auf der anderen Seite bot auch die Genfer Arbeitskonferenz einen Anstoß zur Organisierung neuer Gewerkschaften, da die japanische Regierung 1924 zum ersten Male einen Arbeitervertreter zu dieser Konferenz von den Gewerkschaften wählen ließ. Einige Gewerkschaften sind sogar erst zum Zweck dieser Wahl in Leben gerufen worden, wie der Gewerkschaftsbund in den Marinebetrieben.

Die nächste Zukunft der japanischen Gewerkschaftsbewegung ist nicht leicht vorauszusehen, weil viele dieser Organisationen noch von wenigen intellektuellen Führern geleitet und vom Hin und Her solcher Führer leicht bewegt werden. Die bisherige Geschichte hat öfters auf diesem Gebiet unerwartete Ereignisse gezeigt. Jedoch aus Grund der Gegenwart darf man über die Zukunft der japanischen Gewerkschaften vielleicht folgendes sagen:

Die Gewerkschaften der gemäßigten Richtung haben die stärkste Stellung im Lande, daran kann nicht mehr gezweifelt werden. Aber das Wachstum dieser Gewerkschaften scheint jetzt ins Stocken geraten zu sein, vielleicht wegen ungenügender Geldmittel für die Agitation. Jedenfalls ist die Mitgliederzunahme nicht stark. Dagegen schreitet die innere Konsolidierung fort. Die kommunistische Propaganda ist rührig aber ohne Aussicht auf Erfolg. Ähnliches gilt für die

anarchistische Richtung, die durch die Einkerkelung zahlreicher Führer stark gehemmt ist.

Schließlich noch etwas über die japanischen „Bauernvereine“. Diese Bauernvereine sind Organisationen der kleinen Bauern oder Landpächter, die 60 Proz. der ganzen 27 Millionen starken Bauernbevölkerung ausmachen. Die Hälfte des ganzen Ackerlandes in Japan ist von diesen kleinen Bauern gepachtet. Diese besonderen Verhältnisse der japanischen Landwirtschaft haben zu einer Verelendung der Kleinbauern geführt und so sind auch zahlreiche Bauernvereine gleichzeitig mit dem Aufschwung der Arbeitergewerkschaften ins Leben getreten. Mit diesen stehen sie jetzt in gemeinsamer Front gegen Kapital und Grundbesitz.

Im Jahre 1911 gab es nur 23 Bauernvereine im ganzen Lande, aber 1919 108, und jetzt sind es schon mehr als 3500 Vereine, deren Mitgliederzahl rund 307 000 beträgt. Unter den Bauernvereinen ist der „Japanische Bauernbund“ die stärkste Spitzenorganisation, die augenblicklich etwa 60 000 Mitglieder umfaßt. Dieser Bund hatte 1922 bei seiner Gründung nur 66 Mitglieder, aber 1922 schon 22 000, und er ist immer noch in steter Ausdehnung. Die erfolgreiche politische Tätigkeit dieses Bundes lockt zur Organisierung immer neuer Gruppen.

Die erste Arbeiterpartei Japans, die „Arbeiter- und Bauernpartei“, ist aus der eifrigen Initiative dieses japanischen Bauernbundes entstanden. Dem Europäer mag es seltsam scheinen, daß eine Arbeiterpartei durch die Anregung eines Bauernbundes zustande gekommen ist. Das kann eben nur aus den eigentümlichen wirtschaftlichen Verhältnissen Japans erklärt werden. Der Bauernbund hat sich in den letzten Jahren öfters an Wahlen in Gemeinden sowie Provinzverwaltungen beteiligt, während die Gewerkschaften der industriellen Arbeiter wegen dauernder innerer Zwistigkeiten keine Gelegenheit fanden, eine nennenswerte Tätigkeit zu entfalten. Der Bauernbund war daher der geeignete Anreger und Begründer der Arbeiterpartei. In 127 Gemeindevertretungen hat der Bund schon mehr als ein Drittel aller Sitze und in 60 Gemeinden hat er mehr als die Hälfte. Da die japanischen Pächter gleiche Interessen mit den gewerblichen Arbeitern haben, ist es leicht begreiflich, daß beide einen gemeinsamen Klassenkampf auf politischem Gebiet führen.

Auch der Bauernbund macht jetzt eine Krise durch, die auf eine Auseinandersetzung mit seinen kommunistischen Elementen zurückzuführen und wohl als eine Gesundheitskrise zu betrachten ist.

Franzosenfresser mit dem Munde.

Aber „pazifistische Verständigungsutopien“ in der Tat.

Die Deutschnationalen sind unentwegte Gegner des Dawesplans und der Locarnopolitik. Sie betreiben eine wüßige agitatorische Heße gegen jede Politik, die auf eine Verständigung mit Frankreich abzielt. Nur mit dem Munde, um des Stimmenfangs willen! In der Praxis können sie anders. In einer Polemik gegen die extremen Nationalisten schreibt der „Jungdeutsche“:

„Als der Hochmeister (Herr Wabraun, Red. d. B.) erstmalig von der Möglichkeit einer deutsch-französischen Verständigung sprach und auf die Vorteile hinwies, welche eine solche für beide Völker haben müßte, erhob sich ein großes Geschrei im nationalen Lager. Mit Behauptungen, Frankreich sei und bleibe chauvinistisch, ein Verständigungswille sei dort nicht vorhanden, der Hochmeister sei französischer Agenten auf den Leim gegangen, suchte man nachzuweisen, daß der Hochmeister seiner „frantrophilen“ Einstellung wegen ein nationaler Schädling sei...“

Wenn die Linkspresse etwas sagt, dann redet die „nationale“ Presse von „pazifistischen Verständigungsutopien“. Herr Dr. Bruhn aber geht nach Paris als führender Mann der deutschen Wirtschaft und erklärt den Franzosen, daß Frankreich nur die Befähigung seiner Truppen herabzusetzen

brauche, um die deutschen Nationalisten zu entwaffnen. Daß Dawesplan und Locarno-Vertrag in Deutschland keine Gegner hätten und daß Deutschland nur danach strebe, bei Anerkennung des territorialen Status quo zu einem Wirtschaftsabkommen zu gelangen. Die „nationale“ Presse, mit verschwindenden Ausnahmen, gehört der Schwerindustrie oder wird durch schwerindustrielle Korrespondenzen sowie auch durch deren Nachrichtenbüros gespeist. Sie bekämpft Wabraun wegen seiner Verständigungspolitik! Sie jagt kein Wort gegen Dr. Bruhn. Herr Bruhn ist Mitglied der Deutschnationalen Volkspartei. Eine Stellungnahme dieser Partei erscheint erforderlich. „National“ sein, heißt „national“ handeln. Es genügt nicht, wenn man sich nur „national“ nennt.“

Herr Dr. Bruhn, Mitglied der Deutschnationalen Volkspartei, ist Mitglied des Kruppdirektoriums, Vorsitzender des Aufsichtsrats des Roheisenverbandes, Mitglied des Komitees für einen ständigen deutsch-französischen Wirtschaftsausschuß für eine wirtschaftliche Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich. Er ist für Nationalistenentwaffnung, für Dawesplan und Locarno, für den Status quo, also für den Verzicht auf Elsaß-Lothringen. Und ist deutschnational.

Demokraten und Schutzoll.

Koch kündigt schwere Kämpfe an.

Der Vorsitzende der Demokratischen Partei, Dr. Koch, sprach im Anschluß an die Frauentagung der Demokratischen Partei in Erfurt in einer öffentlichen Versammlung u. a. über die Zollpolitik. Er führte aus:

„Wir haben die schwersten Bedenken gegen den neuen Zolltarif. Schon die deutschnationale beeinflusste Regierung des vorigen Jahres scheute sich, diesen Zolltarif in Kraft zu setzen. Es sollte das erst geschehen, wenn er durch Handelsverträge gemildert wäre. Handelsverträge, die ihn erheblich milderten, sind inzwischen nicht abgeschlossen. Von einer Regierung der Mitte kann man nicht erwarten, daß sie den Wünschen der Rechten weiter entgegenkommt als die Rechte selbst es gewagt hat. Daß im schwedischen Handelsvertrag die Einfuhr der Futtermittel im Sinne der Gleichstellung mit der Brauergeste geregelt werden soll, ist ein unbegreifliches Zugeständnis an die Großagrarier, das sie 30 Jahre vergeblich erstrebt haben. Es bedeutet eine Verschiebung der Tiermast aus dem Westen und der Mitte Deutschlands in die karstoffelbauenden Großgrundbesitzergegenden des Ostens. Es wird in der letzten Woche des Zusammenstehens des Reichstags noch schwierige Auseinandersetzungen auf diesem Gebiete geben.“

Der deutsch-schwedische Handelsvertrag hat gezeigt, daß die Regierung den Wünschen der Rechten entgegengekommen ist und eine neue Hochschutzzollpolitik einzuleiten gedenkt. Es handelt sich dabei nicht nur um Brauergeste und Futtermittel, sondern um die Laifache, daß in diesem Vertrag die bis 1. August geltenden Sätze für Brotgetreide verdoppelt worden sind.

Militärdiktatur in Portugal.

Verschickung der politischen Gefangenen nach Afrika.

Wie aus Lissabon gemeldet wird, sind dem Ministerpräsidenten General Gomez da Costa alle Befugnisse des Staatsoberhauptes übertragen worden. Die Posten der Regierungen, die den Staat bei den zwei Notenbanken vertreten, wurden aufgehoben. Die politischen Gefangenen werden nach Angola oder Heroismo verbannt; ihre Familien dürfen sie begleiten. Die Polizei hatte Flugblätter beschlagnahmt, in denen gegen die jetzigen politischen Verhältnisse protestiert wird. Sie verhaftete mehrere im politischen Leben stehende Persönlichkeiten, darunter den früheren Kriegsminister Helder Ribeiro und den früheren Finanzminister Pestana, die dem linken Flügel der Demokratischen Partei angehören.

Anna Simon.

Am 23. Juni verstarb Genoffin Anna Simon (Brandenburg) nach schwerer Krankheit. Anna Simon gehörte vom August 1911 den Kreisvorstand des Sozialdemokratischen Wahlvereins Westhavelland (Brandenburg) an. Ihr eigentliches Arbeitsgebiet war der Textilarbeiterverband. Am 1. Januar 1908 wurde sie Vorstandsmittglied der Filiale Berlin, im November 1908 Angestellte des Textilarbeiterverbandes. Sie gehörte der Nationalversammlung und dem ersten preussischen Landtag nach der Revolution an.

Die Einäschung der Genoffin Simon findet heute nachmittag 4 Uhr im Krematorium Gerichtstraße statt.

15 Millionen Spritschiebungen.

Der Untersuchungsausschuß des Reichstags für die Branntweinmonopolverwaltung nahm am Freitag ein Referat des Abg. Dr. Freyer (Dnat.) über die Spritschiebungen entgegen. Er stellte fest, daß in den Jahren 1924 und 1925 im ganzen 6000 Fälle von Vergehen gegen die Bestimmungen des Branntweinmonopolgesetzes aufgedeckt worden sind. Es handelt sich dabei um eine Gesamtmenge von 61 000 Hektoliter Weingeist und um eine hinterzogene Abgabesumme von 15 Millionen Mark. Mildernde Umstände könne man dabei nicht gelten lassen, da die Handlungen nur geschehen seien aus Gewinnsucht und mit der Absicht, den Staat zu betrügen. Aus der eingehenden Zergliederung der einzelnen Handlungen zog der Bericht-erstatler den Schluß, daß gegen die raffinierten Methoden des Schmuggels und der Schiebungen nur die allerhöchste Kontrolle und die härtesten Strafen helfen könnten. Der Ausschuß vertagte sich dann bis gegen Ende der Sommerferien; er will seine Arbeiten vor Wiedervereinigung des Reichstags abschließen.

Ein „Manifest an die Nation“.

Neue Schuldenverhandlungen mit Amerika und England?

Paris, 28. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Heute nachmittag wird im Quai d'Orsay unter dem Vorsitz von Briand ein Kabinettsrat stattfinden, um die weitere Ausarbeitung der Regierungserklärung vorzunehmen, die wie mehrere Blätter zu melden wissen, den Charakter eines „Manifestes an die Nation“ annehmen soll. Caillaux hat am Sonntag den finanziellen Teil der Regierungserklärung ausgearbeitet. In den Morgenstunden hatte Caillaux eine längere Besprechung mit Bofanowski und bald darauf verbreitete sich das Gerücht, daß er die Absicht habe, neue Schuldenverhandlungen mit den Vereinigten Staaten und mit England anzuknüpfen. Bofanowski werde beauftragt werden, die Führung einer französischen Mission zu übernehmen, die sich nach Washington zur Wiederaufnahme der Schuldenverhandlungen begeben soll. Abends wurden diese Gerüchte für unbegründet erklärt. In diesem halbamtlichen Dementi wurde festgestellt, daß die Betrauung Bofanowskis zwar in der Absicht des Finanzministers liegt, dagegen noch nicht vom Kabinettsrat genehmigt sei. Das soll erst im Laufe des heutigen Tages geschehen.

Der Wechsel in der Bank von Frankreich.

Der (erzwungene) Rücktritt des Gouverneurs der Bank von Frankreich Rabincau ist offiziell vollzogen worden, ebenso die Ernennung des bisherigen Leiters der Bank von Algerien, Moreau, zu seinem Nachfolger. Offiziell wird dazu erklärt, daß die Unabhängigkeit der Bank nicht angefaßt werden soll, um so weniger, als sie gesetzlich geregelt ist. Der Bank von Frankreich könne man indessen nicht den Vorwurf ersparen, daß sie auf ihre Privilegien zu eifersüchtig bedacht sei und den Interessen des Staates nicht genügend Rechnung trage. Die Bank sei besonders in den Fehler verfallen, daß sie vor aller Welt verkündete, daß an dem Goldbestand von fünf Milliarden nicht gerührt werden solle. Das habe zur Folge gehabt, daß sowohl im Innern wie auch nach außen hin die Spekulation ungestört habe zu Werke gehen können.

Siebenter Volksbühnentag.

Der erste Tag des Kongresses bringt am Nachmittag noch einen Empfang der Tagungsteilnehmer durch den Hamburger Senat, der in den prunkvollen Räumen des Rathauses stattfindet. Erster Bürgermeister Dr. Petersen begrüßt die Gäste mit einer Ansprache, auf die der Verbandsvorsitzende Baake erwidert.

Der zweite Tag wird gleich dem ersten durch mehrere Begrüßungsansprachen eröffnet. Staatssekretär Heinrich Schulz übermitteln die Grüße und Wünsche des Reichsministeriums des Innern. Er betont die Umwandlung des alten Obrigkeitstaates in einen Volksstaat, der die von unten heraufdrängenden Kräfte für die Neugestaltung des geistigen Lebens anerkenne und brauche. Dr. Seelig spricht als Beauftragter des preussischen Kultusministeriums, des Deutschen Bühnenvereins, des Verbandes der Deutschen gemeinnützigen Theater und der Preussischen Landesbühne. Er streift eine lange Reihe von Problemen der Theaterpolitik, die in der letzten Zeit zur Entscheidung standen und bei denen der Volksbühnenverband durch sein Eingreifen und seine Mitarbeit fördernd gewirkt habe.

Es folgt ein Referat des Generalsekretärs des Verbandes, Dr. Restriepke-Berlin über die Forderungen seiner Organisation zum Reichsbühnengesetz. Aus der derzeitigen recht verworrenen Rechtslage schließt der Redner, daß ein Reichsbühnengesetz zur Regelung der geschäftlichen Stellung des Theaters notwendig sei. Er betont, daß die Gesetzgebung die Aufgabe habe, durch einen Konzeptionszwang für alle kulturell unwichtigen berufsmäßigen und Dilettantentheater die Möglichkeit zum Schutz und zur Förderung der kulturell wichtigeren gemeinnützigen Betriebe und auch eines volkstümlich wertvollen Laienspiels zu schaffen. Aus dieser Grundeinstellung entwickelt der Redner dann eine Reihe von Einzel-forderungen zur Umgestaltung der heutigen gesetzlichen Bestimmungen. Unter anderem hebt er den Anspruch der Volksbühnenorganisationen auf eine gesetzliche Bestimmung hervor, wonach künftighin vor jeder Konzessionserteilung nicht nur die führenden Verbände der Schauspieler und Bühnenleiter, sondern auch die der kulturellen Theaterbesucherorganisationen gutachtlich zu hören sein sollen. Zugleich betont er, daß es mit einem neuen Reichsbühnengesetz allein nicht getan sei: In den Ländern, als den ausführenden Organen, müsse teilweise die „Zuständigkeitsfrage“ neu geregelt werden, und eine positive auf eine sozialkulturelle Kunstpflege gerichtete Theaterpolitik des Reiches wie der Länder müsse die Form des neuen Gesetzes mit neuem Geist erfüllen.

Es schließt sich ein Vortrag von Prof. Aug. Ziegler-Hannover zum Thema „Besucherorganisationen und Theater“ an. Der Redner nimmt zum Ausgangspunkt Angriffe, die von der Genossenschaft Deutscher Bühnenangehöriger gegen die Besucherorganisationen gerichtet wurden. Er wendet sich gegen die Behauptung, daß die Volksbühnen „Mitgliederlager auf Kosten des deutschen Theaters“ trieben. Unter den rund 600 000 Mitgliedern der Volksbühnen seien mindestens 300 000, die erst durch die Volksbühnen dem Theater gewonnen wären, weitere 100 000 bis 200 000, die durch sie zu einem häufigeren Besuch des Theaters als vorher veranlaßt seien. Ebenfalls weicht er das Verlangen ab, die Volksbühnen hätten sich jeder Einnischung in die Wahl der Theaterleiter oder in die Ge-

staltung des Spielplanes zu enthalten. Das Publikum übe stets einen Einfluß auf das Theater aus. Es frage sich nur, was besser sei: Jener blinde, unberechenbare, unverantwortliche Einfluß eines Zufallspublikums oder die Einwirkung einer organisierten Besuchergemeinschaft, die von einem starken Verantwortlichkeitsgefühl getragen wäre. Nach dieser Darlegung verweist der Redner aber auf die Tatsache, daß inzwischen die Bühnengemeinschaft die Hand zum Frieden ausgestreckt habe.

Diesen Darlegungen schließt sich eine kurze Aussprache an. Artur Holtscher-Berlin wendet sich gegen die in den Großstädten gepflegten Sommerspielpläne der Theater, die durch ihre Winterwertigkeit zunächst machten, was im Winter aufgebaut wäre. Er setzt den Volksbühnen das Ziel, durch eigene Veranstaltungen diesem Unheil entgegenzuwirken. Dr. Bourgeois-Köln umreißt noch einmal das Ziel der Volksbühnen: Ausschöpfung des Zufalls-moments im Theaterbesuch, aber zugleich auch Erfüllung der Masse mit einer Eigenseele. Döschler-Berlin wünscht, daß das Streben der Darsteller nach Einfluß innerhalb der Theaterbetriebe verstanden werde. Wolff-Schumann-Dresden betont, daß eine Beteiligung der Besucherorganisationen an der Auswahl der Direktoren nur Vorteile bringen könne. Röthlinger-Stuttgart schildert erfolgreiche Auseinandersetzungen mit dem württembergischen Landes-theater. Dr. Seelig meint, daß die Volksbühnen mit den Erfolgen ihrer Abwehr gegen die Angriffe der Bühnengemeinschaft zufrieden sein könne, nachdem auf dem Schauspielerkongress immer wieder die Volksbühnen als das unentbehrliche Rückgrat des künftigen Kultur-theaters anerkannt worden wären. Unter lautem Beifall weist er auf die Entschlossenheit Preußens, aber auch der anderen Länder hin, in jedem Fall mit den Volksbühnenorganisationen zu gehen und ihnen zuliebe selbst andere Verbindungen zu opfern.

Mit einer großen Rundgebung wendet sich der Volksbühnenkongress am Abend des zweiten Tages an die breitesten Schichten. Musik- und Gesangsvorträge sowie Darbietungen des Sprechchors der Altonaer Volksbühne umrahmen eine Anzahl von Ansprachen. Der Vorsitzende der Hamburger Volksbühne Bürger-schaftspräsident Koch betont, daß ein wirkliches Volkstheater ohne den bewußten Kulturwillen der wertvollen Massen nicht möglich sei. Er umreißt die Aufgaben einer Volksbühne, die dem dramatischen Dichter eine Gemeinschaft wirklich erlebnisreicher Menschen schaffen solle. — Als Vertreter der Altonaer Volksbühne und zugleich des Altonaer Magistrats richtet Senator Ritz Begrüßungsworte an die Versammlung. Er gibt zugleich einen kurzen Abriss der Altonaer Theatergeschichte. — Prof. Dr. Arthes-Lübeck spricht von der Aufgabe der Volksbühne, die Menschen zum Wesentlichen der Kunst zu führen, zu dem, was sie an „Grundmenschlichem“ gibt. — Dr. Armin T. Wegner-Berlin zeichnet das Chaos unserer Zeit. Noch fehle ihr der Dichter, noch das wirklich lebendige Theater, das das Feilliche gestalte und zugleich heraushebe in den ewigen Atem des Weltganzen. Er fordert das Theater als eine Bühne der Schicksalsbetrachtungen, für die als Wegbereiter zu wirken die Volksbühne als ihre Aufgabe zu erfüllen habe. — Dr. Bourgeois-Köln würdigt das Theater als Erziehungsfaktor, zeichnet das Publikum des Theaters als mitwirkenden Teil am Kunstwert und begründet die Volksbühnen als wertvolle Mitarbeiter am Aufbau einer neuen Kultur. — Der Breslauer Pfarrer Lic. Ernst Brüning stellt an den Anfang seiner Ausführungen über Moral und

Kunst den Satz, daß Moral und Kunst gar nichts miteinander zu tun hätten. Das Moralische sei immer mit der Gefahr des Urteilens und Beurteilens behaftet, während der Dichter die Ganzheit des Lebens gestalte. Aber Kunst sei nicht denkbar ohne Ordnung und Gesetz und damit habe sie doch ihre Moral. Indem er gleichermassen die bloße Tendenzdichtung wie eine nur artistische Dichtung ablehnt, stellt er den Volksbühnen das Ziel ihrer künstlerischen Bestimmung.

Der dritte und letzte Verhandlungstag dient wesentlich der Erörterung des Themas „Die Beeinflussung der Mit-gliederschaften im Sinne der Volksbühnenidee“. Brodbeck-Stuttgart als Referent sieht die Idee der Volksbühne in dem Streben nach einer neuen freizeithlichen Gemeinschaftskultur. Die Tatsache, daß Hunderttausende neuer Menschen an die Pforten der Theater pochten, beweise, daß in diesen Massen eine Kulturidee lebendig sei. Hier gelte es anzuknüpfen. Er legt dann dar, wie durch die Erziehung zur Mitverantwortlichkeit an den Darbietungen der Bühne eine größere Erlebnisfähigkeit des Kunstwertes zu werden sei, und spricht von den einzelnen Einrichtungen der Volksbühnen, künstlerischer zu wirken.

Diesen Ausführungen schließt sich eine Debatte an, die oft recht lebhaft Formen annimmt. Arthur Holtscher macht sich zum Sprecher jener dreißig Künstler, Dramatiker und Kritiker, die dem Volksbühnentag mit ihrem Gruß die Mahnung zur Abkehr von allem Konventionellen und Kleinbürgerlichen übermitteln. Er sieht vor allem in der Jugend eine gewisse Unzufriedenheit mit der Arbeit der Volksbühne, er hält sie auch selbst für zu wenig wagemutig. Ramentlich in den Organisationen der Provinz fehle das Schritt-halten mit dem „Geist der Zeit“. Es sei auch nicht möglich, in einer Zeit, wie der heutigen, die politische Neutralität zu wahren. — Demgegenüber stellt Julius Bab fest, daß bei der heutigen Rechtsstellung der Bewegung im Sinne Holtschers nicht mehr zu tun möglich sei, als bereits geschehe. Im übrigen sei die Volksbühne in ihrem Grunde eine tief revolutionäre Bewegung, denn ihre Pflege der Kunst wolle nicht rein ästhetische Erregungen, sondern Auswirkungen der künstlerischen Erregung in das ganze Leben hinein. Wo die politischen Strömungen der Zeit sich in großen künstlerischen Offenbarungen spiegeln, da allerdings habe die Volksbühne die Pflicht, diese Werke den Mitgliedern nahezu-bringen. Zunächst aber gelte es, einmal Menschen zu schaffen, die reif wären, überhaupt Kämpfer für irgendwelche Ideen zu werden. Das sei die große Mission der Volksbühne!

In der weiteren Debatte spricht Fritz Schulz, Berlin, als Vertreter der Jugend innerhalb der Volksbühnen, von dem Echo, das in dieser Jugend die Arbeit gerade der Berliner Volksbühne gefunden habe. Direktor Hohl von der Berliner Volksbühne betont, daß gerade auch die Pflege der klassischen Dichtung Aufgabe der Volksbühnen sei, aber diese müsse im Rhythmus der Zeit wurzeln und durch die Bühne aus dem Geist der Zeit heraus gestaltet werden. Wolff-Schumann, Dresden, gibt Anregungen, durch Volksspiele Neuerungen der neuen Dichtung und neuer Regiekunst auch in die Provinzstädte hineinzutragen. — Dr. Heinrich Dehmel, Berlin, richtet den Blick auf die im Religiösen liegenden Bereiche der Kunst hin und möchte, daß der Volksbühnenarbeit diese Bereiche aller Kunst immer bewußt bleiben. Mit Holtscher verlangt er, daß der Geist der Volksbühne immer etwas von Empö-

Gegen ein „Potemkin“-Verbot.

Der Ausschuh zur Verhinderung des Potemkin-Verbots hatte am Sonntag zu einer Protestkundgebung im Piccadilly-Kino in der Bismarckstraße eingeladen, die ein übervolles Haus sah. Die Hauptrede hielt der langjährige bewährte Kämpfer für die Freiheit der Kunst, Rechtsanwalt Genosse Wolfgang Heine, der sich entschieden gegen die Herren wandte, die da meinen, sie könnten mit gewalttätiger Unterdrückung und durch Zensur der revolutionären Entwicklung von Kunst und Literatur den Staat retten. Der alte Staat war berichtigt durch die Geistlosigkeit seiner Zensur, die Engpässigkeit seiner Bureaucratie und den Terrorismus seines Offizierskorps. Dieser unerhörte Besinnungsterrorismus hat es zumege gebracht, daß wir heute geteilt und abhängig sind. (Beifall.) Hier handelt es sich auch um eine eminent wichtige Kulturfrage. Die Argumente des württembergischen Ministers sind ängstlich, lächerlich und kleinlich. In diesem Film handelt es sich darum, daß mit größter Wucht, anschaulicher Eindringlichkeit und künstlerischen Mitteln allgemein menschliche Wirkungen hervorgerufen werden. Keine Spur von Tendenz ist zu finden. Von Württemberg ist, was wenig bekannt sein dürfte, nach der Revolution die neue Zensur ausgegangen, von Württemberg kommt jetzt wieder dieses unerhörte Verlangen nach Verbot des Potemkinfilms und es ist sehr bedauerlich, daß sich auch Politiker der Linken für das Verbot eingesetzt haben. (Starker Beifall.) Der zweite Redner Schriftsteller Rehschick grüßte den heutigen kitchigen amerikanischen und schandigen deutschen Film und meint, was heute unter der Republik in Deutschland geschehe, gehe weit über das hinaus, was man früher den Freibeitlichen zu bieten gewagt habe. Prof. Veit Valentin stellt als bemerkenswert fest, daß der Film auch vom wissenschaftlichen Standpunkt aus vollkommen einwandfrei ist. Korvettenkapitän Perjus entfesselt mit seinen ersten Worten: „Wie ist es möglich, daß ein Verbot des Films auszusprechen kann“ und mit der Antwort: „Infolge von Dummheit, gepaart mit schlechtem Gewissen bei den Urheber des Verbotverlangens“ stürmischen Beifall, der sich wiederholte, als der Redner Episoden aus seiner militärischen Vergangenheit zum besten gibt. Er ruft aus: Die Vergangenheit ist noch viel schlimmer, als es dem deutschen Volke bekannt ist und es wird dahin kommen, daß wir ein deutsches Gegenstück zu dem russischen Potemkinfilm herausbringen. Tollerender Beifall bricht aus, als dieser ehemalige Offizier schließt: Wir müssen dahin kommen, daß in Zukunft auch über der deutschen Flotte Schwarzrotgold weht. Schließlich sprach Stefan Großmann ironisch und boshaft, schleuderte den deutschen Filmproduzenten lastige Anklagen entgegen und forderte zu einer Organisierung der deutschen Filmkomponenten auf. Endlich wurde ein Brief des Intendanten des Staatstheaters Professor Lehner verlesen, der sich mit begeisterten Worten für den Film einsetzt. — Zum Schluß wurde der Film mit der schwer und nachdrücklich kummern den Rhythmus der Musik von Edmund Weibel vorgeführt und hinterließ wie jedesmal seinen überaus starken und erschütternden Eindruck.

Staakener Parabel.

Zur selben Stunde, da das kunstverständige und freiheitlich empfindende Berlin in einer mächtvollen Kundgebung gegen die infamen Intrigen der Reaktion, das systematische Kesseltreiben gegen den Panzerkreuzer „Potemkin“ protestierte, wurden in Staaken von einer „Bismarck-Film-Gesellschaft“ die Szenen zu einem der übelsten Tendenzschwärze gelehrt, die die monarchistische Gesellschaft bislang aufzuweisen hat. Und das mit schon etwas heißen. Nach dem verlogenen „Friedrichs“-Jupiterlichtzauber ist man dabei, Pariser Einzugsmärsche und Paraden mit blechblintenden Generälen, schlechthabenden Statisten als „Truppen“ und viel Kalbsfellgebrüll zu drehen. Das Brandenburger Tor war da schwarzweißrötliche Farnesfahnen und Wilhelm I., nach der Natur gezeichnet. In Hugenbergs „Obal-Anzeiger“ hatte man „Schaustücke“ als Statisterei gemeldet, die „national“ zuverlässige Monarchistenpresse war zu dem Kummel feierlich eingeladen worden. Prinz Friedrich Karl, Kronprinz Friedrich, das ganze Hohenzollernanatomikum wurde auf neu frisiert den Photographen vorgeführt. Damit das lebendige Gewächs nicht fehle, war August Wilhelm, Sohn des Doorners Filmkolonialisten, erschienen. Als der Staakener Wilhelm den Vorbeerfranz aus den Händen einer weißgekleideten Jungfrau erhielt, mußte die Statisterei in „Begeisterung“ machen.

Der Tod auf den Schienen. Auf den Gleisen der Vorortbahn zwischen den Bahnhöfen Grunewald und Nikolassee beim Kilometerstein 7,880 wurde heute früh von Streckenarbeitern die kurz zerstückelte Leiche eines noch unbekannt etwa 50jährigen Mannes aufgefunden. Wahrscheinlich liegt Selbstmord vor.

ung habe, wenn auch nicht im politischen, so doch im künstlerischen Sinne, weite das Wort „Empörung“ doch immer auch auf ein „Empor“ hin. Er lenkt dann die Aufmerksamkeit auf das große Gebiet des Films und beantragt die Wahl einer Kommission mit dem Auftrag, in raschster Arbeit für einen Volksfilm zu wirken. — J. J. J. Chemnitz, spricht von der Bedeutung der Sprechweise für die Pflege des Gemeinheitsgefühls und der Volksbühnenidee. — Dr. Herzfeld, Frankfurt a. M., Dr. Bourgeois, Köln, Dhlaff, Mainz, stellen einander gegenüber die Notwendigkeit eines idealen Schwungs und die Erfordernisse der Kleinarbeit, um die Menschen für die Idee der Bewegung zu gewinnen. Konstl., Berlin, lehnt die Wünsche der Dreihja ab, da sie in den breiten Schichten der Mitgliedschaft keinen Widerhall finden würden. — Von Dr. Fendl, Königsberg, wird an Beispielen klargestellt, daß tatsächlich auch die Provinz Neues wage. — Dr. Seelig, Berlin, Dr. Rudolph, Frankfurt a. M. und Döcher, Berlin, greifen die Anregung einer stärkeren Aktivität auf dem Gebiete des Films auf. — Hans von Wohl, Berlin, fordert eine Erschließung der Gesinnung der Massen für das „Neue“ Theater. — Dr. von Grumbkow, Breslau, würdigt die Bewegtheit dieser Debatte als erfolgreiches Zeichen lebendigen Geistes der Bewegung. Auch Prof. Kiegler, Hannover, bekennt sich zu allen Jungen und Revolutionären in der Kunst, betont aber die seelische Verpflichtung, immer auch das zu leben, was nicht voll im Kreise der eigenen Welt liegt. Keine Bewegung könne leben nur von Sturmtruppaktionen. Aber wo Zeit und Gelegenheit es erforderten, würde teiner fehlen, auch im Sturmtrupp mitzutun.

Es folgt die Beratung einiger Anträge, die rasch erledigt werden. Dabei findet die Anregung, die Arbeit an einem Volksfilm in Angriff zu nehmen, allgemeine Zustimmung. Ebenso wird eine Kundgebung gebilligt, die sich gegen eine Reihe bedenklicher Bestimmungen im Gelegenheitswurf zum Schutz der Jugend gegen Schmutz und Schund richtet. Nachdem die Reihe dieser Anträge erledigt und der bisherige Vorstand wiedergewählt ist, faßt der Vorsitzende Waake in kurzen hinreichenden Worten das Ergebnis der Tagung zusammen und preist die geistige Lebendigkeit, die bei aller Vielgültigkeit der Auffassungen doch klar jutage getretene Einheit der Gesinnung, die Begeisterung für die gemeinsamen Ziele innerhalb der Tagung. Braufende Zustimmung finden diese Worte, mit denen der siedende deutsche Volksbühnentag sein Ende erreicht.

Musik. „Neuzzeitliche Kompositionen“, Sonntag morgens vorgeführt im Grotian-Saal. Man denkt an Sturm und Drang, Rebellion, Leidenschaft, Zukunftsstil. Aber es kommt leider ganz harmlos und, was schlimmer ist, sogar banal. Diese Improvisationen im Juni, die der Professor Mor Porge aus Budapest als eigene Schöpfung mit dem Namen „Sprüche Suite“ versteht und selber anlegt, sind nicht die Minuten des Zuhörens wert: schlechteste oberflächlichste Kunst des Caféhauses. Walter Sieber ist seriöser. In der Kammermusik wenigstens weiß er die Richtung Brahms um ein paar persönliche Blicke zu bereichern. Er hat Temperament und Einfalt. Doch haftet er im Lied ganz an der äußeren, bequemen Darstellung. Ueber le etwas sind wir längst hinaus, und besser als Laubert oder Blech macht es Erber eben doch nicht. Es ist nicht

Im östlichen Ueberschwemmungsgebiet

Die Lage an der Oder und an der Warthe.

Von einem in das Ueberschwemmungsgebiet im Osten entlassenen Redaktionsmitglied erhalten wir nachstehenden Bericht:

Die ersten Spuren des Hochwassers machen sich kurz vor Küstrin bei Riech bemerkbar, wo einzelne Kartoffelfelder streckenweise unter einer dünnen Wasserschicht liegen, die zwar nicht durch Ueberschwemmung, sondern durch andauernden Regen entstanden ist, die aber die dortige Kartoffelernte ernsthaft bedroht, da die Kartoffeln verfaulen müssen, wenn diese Wasserschicht nicht sehr bald wieder verdunstet. Die eigentliche Ueberschwemmung tritt erst im Oderetal selbst in Erscheinung. Die Strecke stufwärts von Küstrin gleicht einem großen See, der etwa die Breite der Havel in der Nähe von Wannsee aufweist. Nur an den aus dem Wasser hervorragenden Kronen kleiner Bäume erkennt man, daß es sich nicht um einen normalen See, sondern um eine Ueberschwemmung handelt. Noch deutlicher beinahe tritt das Hochwasser an den Brücken vor Küstrin in der Erscheinung, denn mehrere große Oderschlepper liegen zwischen der Eisenbahn- und der Straßenbrücke vollständig blockiert, da das Wasser bis etwa 1 Meter unter den Brückendeckeln steht. Die Altstadt von Küstrin ist um so mehr gefährdet, als die alten Festungsgräben automatisch denselben Wasserstand aufweisen, wie die Oder, und als ein großer Teil der Stadt durch ein weiteres Steigen des Hochwassers um nur 15 bis 20 Zentimeter sofort übersudet werden würde. Es fällt auf, daß an diesen Stellen, obwohl gerade dort die Kasernen eines Pionierbataillons der Reichswehr liegen, keinerlei Schutzarbeiten für einen solchen Fall in Angriff genommen wurden.

Das Tal der Warthe

Östlich von Küstrin ist schon wiederholt durch Hochwasser heimgesucht worden, besonders Ende Januar 1920. Auch diesmal ist es in Mitleidenhaft gezogen, zumal die Rodämme, die zum Schutz der Wiesen aufgerichtet wurden, an verschiedenen Stellen, insbesondere

Todesfälle auf dem Wasser.

Am gestrigen Sonntag sind wieder eine größere Anzahl von Personen ums Leben gekommen. Die Zahl der Toten wäre noch größer gewesen, wenn nicht in den meisten Fällen rechtzeitige Hilfe zur Stelle gewesen wäre. In der Scharfen Lanke bei Spandau ertrank der 55jährige Haus- und Bootswart Karl Boldt. Trotz sofortiger Rettungsversuche konnte B. erst nach längerer Zeit geborgen werden. Wiederbelebungsversuche der Feuerwehr waren erfolglos. Auf dem Tegeler See nicht bei Tegeler kenterte ein mit zwei Personen besetztes Badboot; während einer der Insassen gerettet wurde, ertrank der 22jährige Hans Kam aus der Warthestr. 67 in Reutshöll. Komm konnte nach sehr kurzer Zeit geborgen werden, doch waren auch bei ihm Wiederbelebungsversuche erfolglos. Bei Tegeler ereignete sich ein weiterer Unfall. Ein mit drei Personen besetztes Boot näherte sich dem Restaurant Sportheim in Tegeler, als plötzlich einer der Bootsinassen, der 33jährige Schlosser Paul Timm aus der Hochstraße 28 in Berlin R. rücklings ins Wasser stürzte. T. war des Schwimmens unkundig und ging sofort unter. Ein Boot des Reichswasserschutz, das in allerhöchster Nähe der Unfallstelle weilte, zog Timm aus den Fluten. Trotz anstrengender Wiederbelebungsversuche der Feuerwehr und eines anwesenden Arztes konnte T. nicht ins Leben zurückgerufen werden. Schließlich ertrank noch in der Dahme der 21jährige Arbeiter Walter Schulz aus der Rahmertstraße in Grünau. Der junge Mann wollte an der sogenannten Bammeldecke die Dahme durchschwimmen. In der Mitte des Wassers verließen ihn jedoch die Kräfte und er ertrank. Die Leiche ist noch nicht gefunden.

Reichsbannertag in Kaulsdorf.

Eine Fahnenweihe, verbunden mit einem großen, wohlgelungenen Volksfest, veranstaltete am gestrigen Sonntag die Kameradschaft Kaulsdorf des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold. Die große Spiel- und Festwiese, auf der wiederholt unsere Arbeiterjugend ihren Kreisjugendtag abgehalten hat, war ringsherum von großen Fehnenmassen umfäumt, von denen die Farben der Republik

gegenüber dem Fährhaus von Schwarzsee, etwa 12 Kilometer östlich von Küstrin, nachgegeben haben. 10 Kilometer weiter östlich ist die Straße, die von Riech nach dem Süden über eine Brücke nach dem gegenüberliegenden Ufer führt, durch das Hochwasser unterbrochen. Allerdings geht aus den Begegnungen einwandfrei hervor, daß das Niveau des Wassers nahezu 2 Meter tiefer steht, als bei der großen Hochwasserkatastrophe vom 30. Januar 1920. Flußabwärts von Küstrin, also nach der Mündung der Warthe in die Oder, sind die Niederungen des Oberlaufes vollständig unter Wasser. Bei Schwedt liegt das Tal in einer Breite von 4 Kilometer vollständig unter Wasser. In dieser Gegend sind auch einige Ortlichkeiten, insbesondere Niederlaathen auf dem rechten Ufer in Mitleidenhaft gezogen. Auf dem linken Ufer, also an Schwedt selbst ist man bemüht, den Groß-Schliffelweg Berlin-Stettin, der dort in die Oder mündet, zu schützen. Bisher konnte der Dampferverkehr Schwedt-Stettin aufrechterhalten werden.

Es sind in den letzten Tagen in der Presse Ziffern über die überschwemmten Flächen genannt worden, die sehr schlimm klingen. Eine objektive Berichterstattung muß allerdings hinzufügen, daß auch wenn diese Zahlen richtig sind, es sich mindestens zu Neunzehnteln um Flächen handelt, die im normalen Ueberschwemmungsgebiet der Flüsse liegen und die aus diesem Grunde nicht bebaut werden. Es handelt sich fast ausschließlich um Wiesen, deren Heuertrag in diesem Jahre verloren ist, aber Verluste an Getreide und sonstigen Nahrungsmitteln dürften im Osten nur ganz ausnahmsweise zu verzeichnen sein. Die Ortsansässigen bestätigen selbst, daß es sich eigentlich nur um die normalen Ueberschwemmungsgebiete handelt, fügen jedoch hinzu, daß das Anormale darin liegt, daß die Ueberschwemmungen um diese Jahreszeit eingetreten sind, also ehe das Gras der jetzt überstuteten Wiesen gemäht werden konnte. Sonstige Verluste sind kaum zu verzeichnen.

wehten. In der Mitte des Festplatzes war ein künstlerisch dekoriertes Podium aufgebaut. Hier spielte die Reichsbannertafel aus Bernau und hier weihte Genosse Reichstagsabgeordneter Franz Künstler die neue Fahne mit packenden Worten. Im Anschluß daran formierte sich ein Zug, der unter Vorantritt der Reichsbannertafel durch Kaulsdorf und Kaulsdorf zog, um für die republikanische Sache zu werben. Viele Häuser und Raubengärten hatten Flaggen geschmückt. Die Kameraden von Kaulsdorf hatten keine Mühe gescheut, um ihren zahlreich erschienenen Gästen das Fest so angenehm und schön zu gestalten wie nur irgend möglich. In voller Harmonie ging das schöne Volksfest zu Ende und neue Anhänger und Freunde für die Republik waren zahlreich geworden.

Vereinheitlichung der Schulgesundheitspflege.

Die Zusammenfassung der Einheitsgemeinde Groß-Berlin soll sich nun auch auf dem Gebiete der Schulgesundheitspflege auswirken und auch hier die notwendige Vereinheitlichung bringen. Zu sehr verschiedenen Zeitpunkten waren die früheren Einzelgemeinden dazu gelangt, Schulgesundheitspflege zu treiben und Schulärzte anzustellen. Noch heute sind die Einrichtungen sehr ungleich entwickelt. Die Schulärzte wurden teils hauptamtlich, teils nur nebenamtlich beschäftigt, ihr Aufgabenzirkel ist verschieden umgrenzt, die Versorgung mit Schulärztinnen ist auch nicht einheitlich. Jetzt soll überall in Groß-Berlin wenigstens die Forderung erfüllt werden, daß die ärztliche Beaufsichtigung und Versorgung der Schulen und der Kinder nur Schulärzten im Hauptamt zu übertragen ist. Die Schulgesundheitspflege ist zu einem Arbeitsgebiet geworden, das nur der völlig beherrschten kann, der sich ständig und als Spezialist damit beschäftigt. Der allmähliche Abbau nebenamtlicher Schulärzte und die baldige Durchführung des Systems hauptamtlicher Schulärzte entspricht einem Beschluß, den die Stadtverordnetenversammlung schon im Juni 1921 faßte. Anträge dazu hat der Magistrat in den letzten Jahren bereits gemacht, er will aber jetzt zur allgemeinen Durchführung schreiten und legt den Stadtverordneten einen Entwurf von Richtlinien vor. Für die hauptamtlichen Schulärzte soll die Zahl der jedem Arzt zu überweisenden Schulkinder auf 6000 festgesetzt werden, den einstweilen noch weiterbeschäftigten Schulärzten im Nebenamt sollen künftig höchstens 3000 Kinder zugewiesen werden. Jeder hauptamtliche Schularzt soll zwei Schulärztinnen als Hilfskräfte neben sich haben. Zurzeit gibt es in Groß-Berlin für die Volksschulen, die Mittelschulen und die höheren Schulen 28 hauptamtliche Schulärzte, 88 nebenamtliche Schulärzte, 129 Schulärztinnen. Künftig sollen beschäftigt werden 59 hauptamtliche Schulärzte, bis auf weiteres noch 19 nebenamtliche Schulärzte, 149 Schulärztinnen.

Einführung des Bratfischhandels.

Die Verbandstagung des Reichsverbandes der Deutschen Fischhändler, die vom 25. bis 28. Juni in Berlin stattfand, beschäftigte sich in sehr ausführlicher Weise mit den Maßnahmen, die empfehlenswert sind, um den Fischkonsum in Deutschland zu vergrößern. Wenn in Deutschland 1924 der Fischverbrauch pro Kopf der Bevölkerung nur 2,35 Kilogramm betrug, während in England 20 Kilogramm pro Kopf verzehrt wurden, so liegt das daran, daß in England und in den nordischen Ländern den Konsumenten eine weit bessere Qualität geliefert würde. Der sogenannte Fischgeruch, der hier den meisten zum Verkauf kommenden Fischen anhaftet, ist nichts weiter als der durch die Lagerung entstehende Geruch. Die meisten Fische, die zum Verkauf kommen, seien schon drei bis vier Wochen alt. So lange befinden sich die Fischdampfer bei einem Fang auf See. Es müssen Kühlschiffe eingerichtet werden, mit allen für die Konfektionierung von frisch gefangenen Fischen notwendigen Einrichtungen. Ein weiteres Mittel, um den Fischkonsum zu heben, sei die Einführung des Bratfischhandels, wie Fischereidirektor Lübbert-Hamburg in einem Vortrage ausführte. Es handelt sich um Fischfilets und Fischsteaks, die man in Weizenmehl einhüllt, in siedendem Fett oder Öl bratet und, wenn sie gar gefiedet sind, sofort verzehren kann. Der Bratfisch ist billig und hat einen großen Nähr- und Sättigungswert. In England gibt es 30.000 Bratfischläden. Der Fischkonsum hat durch sie eine Vergrößerung erfahren. In Deutschland ist mit Bratfischläden auch schon ein Anfang gemacht worden, 67 Bratfischläden existieren schon in Deutschland, 15 davon allein in Frankfurt a. M. und Umgebung. Angesichts des ständigen Steigens der Fleischpreise, des geringen Realeinkommens der großen Massen, verdient die Ausbreitung des billigen, wohlgeschmeckenden und nahrhaften Bratfisches Förderung.

Oesterreichisch-Deutsches Sommerfest. Der Lunaport hatte am Sonnabend seinen großen Tag. Von Wettergotts Gnaden. Die Aussicht, ein Automobil zu gewinnen, hatte viele Tausende nach Hakenlee gelockt. Und der oesterreichisch-deutsche Volksbund, der Veranstalter des Sommerfestes, hatte ein erlebtes Programm aufgestellt, das an Reichhaltigkeit nichts zu wünschen übrig ließ. Der Ertrags sowie der Oesterreichische Männerchor wirkten mit. Es gab auch Ansprachen u. a. vom Reichstagspräsidenten Gen. Löbe und von Prof. Dr. Hoehsch. Die in Berlin vorhandenen Traditionsvereine veranstalteten einen Aufzug. Ein Sensationsfeuerwerk sowie eine Klarentonbala erhöhten die Stimmung. Am Abend herrschte ein solcher Trubel, daß man angesichts dieser fröhlichen Menschenmenge die Rot der Zeit endlich einmal vergaß.

ganz klar, warum er heute schon ein Kompositionskonzert gibt. Hat er nicht Zeit, Reifung abzuwarten?

Da war ja der letzte Abend der Konzerte des Rindworth-Scharwenka-Konseratoriums noch moderner, obgleich doch weder Tschaltowski noch Robitschek und Marschall zu den umstürzlerischen Komponisten gehören. Die Spieler und die Sänger aus den Klassen der Benannten, wie besonders der junge Pianist der Ragner-Nahr-Schule erwiesen sich als Musiker, bei denen sich die Arbeit lohnt. Mehr ist nicht zu sagen. Und es erwies sich, daß der Lehrweg der richtige war.

In der letzten „Tiefhand“-Ausführung in der Städtischen Oper zeigte Hoellgen eine bemerkenswerte Frische und Jugendliebe des Spiels, eine sympathische Tenorstimme dazu. Rode war mit wirkungsvollem, also unsympathischem Wesen für den erkrankten Schwarz eingepfunden, und die Salvatini erhob sich nach der Indisposition des ersten Aktes im Schlußspiel zu prachtvoller Leidenschaft.

Der Herztag und die Alkoholfrage. Auf dem dieser Tage in Eisenach abgehaltenen deutschen Herztag hielt Oberregierungsrat Dr. Beyer vom Wohlfahrtsministerium ein Referat über die Alkoholfrage in ihrer Bedeutung für Volk und Staat. Er wies auf die großen Gefahren hin, die in einem Alkoholimibbrauch und in einem zu starken Konsum von Alkohol liegen. Die Kerze seien keine Gegner eines mäßigen Genusses von Alkohol, der in diesem Falle keine schwere Schädigung des Körpers hervorruft. Ganz anders liege es bei dem Mißbrauch von Alkohol und bei dem Genuß von Alkohol seitens körperlich und seelisch nicht gesunder Menschen. Hier sei es notwendig, daß der Arzt seine warnende Stimme erhebe und daß der Staat gesetzliche Hilfsmittel schaffe, diesem Umstand abzuwehren. In den amerikanischen Maßnahmen sehe er keine erfolgreiche Bekämpfung des Alkoholismus. Er schlage vielmehr vor, indirekte Wege zu gehen, indem die Jugend durch ein entsprechendes Schanzstrafengesetz vor dem frühzeitigen Genuß von Alkohol bewahrt werde. Ferner sollten die Aufklärungsbestrebungen der Abstammungsbewegung unterstützt werden. Die Leibesübungen seien auf jede Art und Weise zu fördern und das Siedlungswesen sei auszubauen, um den Menschen gesunde Wohnstätten und Gelegenheiten zu Vergnügungen zu bieten, bei denen sie des Alkohols nicht bedürften. Diese Forderungen wurden von der Versammlung unterstützt. Man einigte sich auf eine einheitliche Entschlieung gegen den Alkoholimibbrauch.

Die Galerie Neumann & Neendorf, Rahmenträge 22, eröffnete heute eine Ausstellung von Gemälden und Aquarellen des Berliner Malers Erich Waake, darunter eine Anzahl Gemälde von der Orientreise des Künstlers. Ferner wird eine Kollektion Oelgemälde und Zeichnungen von Karl Großberg, Wärsburg, gezeigt.

Ein Chopin-Denkmal in Warschau. Ein alter Plan soll binnen kurzem Wirklichkeit werden: die polnische Hauptstadt wird ein Denkmal Chopins erhalten. Es wird nach dem Entwurf des berühmten polnischen Bildhauers Szymanski geschaffen werden.

Leuchtgas aus Obstblättern. An mehreren indischen Städten wird neuerdings ein Verfahren angewandt, bei dem Leuchtgas aus Obstblättern gewonnen wird. Die Blätter, Bananenblätter, verfaulen oft auf, die sich mähendst anpflanzen, werden mit bestimmter Bakterien zusammengebracht, deren Tätigkeit ein zu Leuchtgaszwecken brauchbares und sehr billiges Gas entwickelt.

Das erste ostdeutsche Flüchtlingsheim. Die Baugenossenschaft vertriebener Ostdeutscher lud zur Grundsteinlegung des ersten deutschen Flüchtlingswohnhauses in Mariendorf ein. In der Kreuzung der Prinzen-, Raibaus- und Bergstraße wird diese Heimstätte mit ungefähr 60 Wohnungen erbaut. Rektor Kuhnert begrüßte die erschienenen Gäste und erklärte in warmen Worten, wie all das Leid und Elend seiner von Haus und Hof vertriebenen Landsleute den Gedanken zum Bau gemeinsamer Wohnstätten entstehen ließ. Er erstattete sodann eingehenden Geschäftsbericht, von der Gründung des Vereins angefangen, bis zur jetzigen im vollen Gang befindlichen Bautätigkeit. Unter Glückwünschen für das neue Werk wurden die Urkunden verlesen und dem Grundstein eingeweiht. Es sprachen dann noch der Leiter des Baues Baumeister Stupin, Beiratsschmidt als Vorsitzender des Ostbundes, Lehrer Vater im Namen des Landesverbandes Brandenburg und weitere Vertreter verschiedener Behörden. Sie alle fanden sich in dem Wunsche, daß diese Siedlung den verdrängten Volksgenossen eine neue Heimat werden möge und daß mit dem Bau auch der Grundstock ihrer inneren und äußeren Wiederaufrichtung gelegt sei. Im Laufe des Winters soll ein Teil der Wohnungen bereits bezugsbar sein und man hofft, daß dieser Erstbau der Auftakt zur Entstehung weiterer Heimstätten sein möge.

Erleichterungen im Pohnweien. Die Reichsregierung hat sich entschlossen, im Interesse einer weiteren Erleichterung des Reiseverkehrs mit dem Ausland die regelmäßige Geltungsbauer der Fälle von 2 auf 3 Jahre zu erhöhen und Familienpässe künftig auch für Einzelreisen der erwachsenen Pohnhaber zuzulassen.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

7. Kreis Charlottenburg. Bildungsausschuß: Heute abend pünktlich 7½ Uhr wichtige Fraktionskammer mit den Bürgerdeputierten im Charlottenburger Rathaus, Sitzungszimmer 1.

Sport.

Ferro deutscher Derby Sieger.

Das Deutsche Derby, das gestern auf der Hamburg-Harner Bahn gelaufen und dessen Resultate auch durch den Berliner Rundfunk übertragen wurden, brachte als sicheren Sieger Ferro vor Aurelius. Das Rennen wurde in der guten Zeit von 2:35 gelaufen. Das Resultat war:

1. R. Daniels Ferro (H. Williams); 2. H. u. C. v. Weidenberg Aurelius; 3. Hauptwachtmeister Hübner. Foto: 18:10. Foto: 13. 13. 30:10. Ferner liefen: Coriolan, Rheinwein, Ewenzers H. Senow, Bachholder, Victor.

Rennen zu Ruhleben am Sonntag, den 27. Juni.

1. Rennen. 1. Sonntagsspringer (H. Weidner jr.); 2. Venus; 3. Aurpol. Foto: 18:10. Foto: 14. 15. 24:10. Ferner liefen: Lotte Wapil, Calanops, Feins Foto (als A. d. A. gel.), Madala, Tertaria, Dettie, Astula, Indianer, Gotschliker, Lindbeck jr.
2. Rennen. 1. Cosmos (Ch. Wills) (G. H.); 2. Turiddu; 3. Franlet. Foto: 18:10. Foto: 10. 11:10. Ferner liefen: Ingrid Halle, Ledermann.
3. Rennen. 1. Copal (H. Schmidt); 2. Nometia; 3. Rodung. Foto: 19:10. Foto: 22. 21. 25:10. Ferner liefen: Corona de Rinnus, Dringhoff, Gtaweh, Sabella, Wian W., Rottler, Altmart, Ried, Elzer, Vechhofel, Wberros.
4. Rennen. 1. Gottfried (Ch. Wills); 2. Der Alpen; 3. Danziger. Foto: 20:10. Foto: 13. 15. 34:10. Ferner liefen: Heinecke, Tuffelien, Was, Die Tuppe, Dennis Gorb.
5. Rennen. 1. Wbi: 1. Hedwige B. (H. Frömming); 2. Scapellou; 3. Blumefisch. Foto: 20:10. Foto: 20. 45:10. Ferner liefen: Margentau, Nisus, Jimiene, Pflöschner, Wagnitz, Cobli, Wase Wria, Stella Perf. — 2. Wbi: 1. Borameter (G. Berthel); 2. Weimlinge; 3. Simart. Foto: 20:10. Foto: 22. 30. 36:10. Ferner liefen: Benedict, Unheil, Longobardo, Alpenfer, Odraka, Reiserli, Quara, Söhrensonne, Renclan.
6. Rennen. 1. Feis (H. Wills); 2. Rora; 3. Gessenmabel. Foto: 20:10. Foto: 11. 13:10. Ferner liefen: Boreel, Al Rahria, Siff Troutier, Dertcho.
7. Rennen. 1. Wbi: 1. Wnfrich (G. Wrennabel); 2. Strumspeler; 3. Erbering jr. (G. H.); 4. Gerberd. Foto: 19:10. Foto: 26. 15. 14:10. Ferner liefen: Meißner, Schiller Ledu, Armenier, Champion, Goub, Criso, Rottenpfeiler, Mantus, Sofina. — 2. Wbi: 1. Wolla (Hedert); 2. Freibeuter; 3. Waima. Foto: 22:10. Foto: 12. 18. 13:10. Ferner liefen: Rehböcker, Gttrkeich, Dilemma, Roschm, Kunsoberts, Peter Doll, Charade, Reinbrand, Rosen Schloffer, Röllinger.
8. Rennen. 1. Roschm (Ch. Wills); 2. Dornald; 3. Rosful. Foto: 19:10. Foto: 14. 15. 17:10. Ferner liefen: Paula Dingen, Alamingo, Deatmüng, Rosanores, Intereffent, Königobier.

Die Eröffnung der Rüst-Arena.

Vor halbherziggestellten Tribünen gelangte am gestrigen Sonntag das eigentliche Eröffnungsprogramm der Rüst-Arena, das der Bund Deutscher Radfahrer übernommen hatte, zum Austrag. Das der Besuch am Sonntag ein weit schlechterer war als am Sonnabend, hat die verkürzte Preispolitik (man bedenke! der billigste Platz 1,50 M. für Amateurrennen, die nur Berliner Beteiligung aufwiesen) verursacht. Wie wir erfahren, sind die Eintrittspreise allein vom Bund festgelegt. Herr Rüst hatte mit der finanziellen Seite des gestrigen Tages nichts zu tun.

Nach dem Einmarsch der Bannerabteilungen und Ansprechen einiger Reden, die mehr oder weniger mit dem Hochpreis zu tun haben, mußte Walter Rüst nach mannigfachen Erörungen eine Stunde fahren. Die Eröffnungsfeier wurde von der Besatzung der Beobachtungsleiter von Berlin, Herr A. Reinert, auf einem Podest.

Das eigentliche Programm wurde mit dem Austrag des Endlaufs um die Meisterschaft des Bundes Berlin über 1 Kilometer eröffnet. Als Sieger ging Fritz Graue vom BSC, 29 in 12 Min. 4 Sek. hervor. Zweiter wurde Wühlboch (BSC, Krampe 1900) vor O. Blant (BSC, 29) und Waz (BSC, Krampe 1900). Den Endlauf des Einweihungs-Danditaps über 200 Meter bildete eine Angelenheit Fatschils vom BSC, Concordia 1897, während im Endlauf des Zweifacher-Eröffnungspreises über 2000 Meter Rüst, Wette als Sieger hervorging. Die im Rüst-Arena des Bundes Berlin über 25 Kilometer, die im nächsten Tempo auszuführen wurde, sah als Sieger Wühlboch in 37 Min. 5,4 Sek. vor O. Blant, G. Reeb (BSC, 1899) und W. Engelmann (BSC, 1889). Den Preis der Junioren eroberte H. Kiesel.

Der kommende Mittwoch bringt auf der Rüst-Arena ein internationales befestigtes 100-Kilometer-Professionals-Männchenschaftrennen.

Gewerkschaftsbewegung

Die Verbandstagswahlen der Metallarbeiter.

Es läßt sich wohl aus den verschiedensten Gründen erklären, keinesfalls aber entschuldigen, daß von den rund 61500 organisierten Metallarbeitern in Berlin sich an der Wahl der Delegierten zum Verbandstage nur rund 23800 Mitglieder beteiligten, die übrigen 37700 Mitglieder jedoch der Wahl ferngeblieben sind. Wenn die Mehrheit zu gleichgültig und zu bequem ist, selbst ihr Wahlrecht auszuüben, dann darf sie sich nicht wundern, wenn die Minderheit den Wahlsieg davonträgt. Die „Opposition“, das heißt die politische Richtung der SPD, hat nicht nur „den letzten Mann“ auf die Beine gebracht, sondern Wähler mit zur Urne geschickt, die die erste Wochenbeitragsmarke geklebt hatten. So kam es, daß die Liste A der Amsterdamer Gewerkschaftsrichtung mit 10145 Stimmen unterlegen ist, gegen 13625 Stimmen, die die Liste B der kommunistischen Parteirichtung auf sich vereinigte.

Die Berliner Verwaltungsstelle des Deutschen Metallarbeiterverbandes wird auf dem Bremer Verbandstage leblich durch kommunistische Delegierte vertreten sein. Die 13625 Stimmen, die die Kommunisten samt ihren Mitläufern aufbrachten, wiegen schwerer als die übrigen 47875 Stimmen, weil nur 10195 sich zählen ließen, mehr als 37000 Stimmen aber einfach nicht mitzählen, weil die dahinterstehenden Mitglieder sich selbst ausschalteten. Die meisten von ihnen mögen sich darauf verlassen haben, daß „die anderen“ es schon schaffen werden, daß es auch ohne sie gehe.

Wenn die Kommunisten diesen Sieg über die Gleichgültigkeit dahin auslegen, als stehe die Mehrheit der organisierten Berliner Metallarbeiter hinter ihnen, so ist das eine Fälschung der Tatsachen, die bei erstbesteter Gelegenheit auch positiv aufgedeckt werden muß.

Die wirtschaftlich schlechte Konjunktur hat zweifellos sehr vieles zu dem Konjunktursieg der SPD. beigetragen. Ein großer Teil der längere Zeit Arbeitslosen verfällt leicht der Gleichgültigkeit, ein anderer Teil aber dem Phrasenradikalismus, der das Blaue vom Himmel verspricht, weil er nichts von seinen Versprechungen zu halten braucht. Die Feststellung, wieviele von den 13625 SPD-Wählern Mitglieder der SPD sind, wäre insofern interessant, weil sie deutlich zeigt, daß es nur der kleinere Teil ist, der meistens größte Teil aber sich aus Mitläufern rekrutiert, die durch lange Arbeitslosigkeit oder Kurzarbeit verbittert und verärgert sind. Die SPD und ihre „Gewerkschaftsabweitung“ hüten sich wohlweislich, darüber Auskunft zu geben. Der Erfolg der SPD würde dann auf seinen wirklichen Wert zurückgeführt.

Nachdem die Verbandsmitglieder jetzt gesehen haben, wie schwer sich ihre Gleichgültigkeit unter Umständen rächt, werden sie für die Zukunft die nötigen Konsequenzen daraus zu ziehen haben. Wenn die SPD so tut, als habe sie nun schon die ganze Berliner Ortsverwaltung des Metallarbeiterverbandes in der Tasche, muß ihr klar und deutlich gezeigt werden, daß sie sich hier in einem gewaltigen Irrtum befindet.

Bei der Wahl in Brandenburg wurden für die Gewerkschaftsliste A (Amsterdamer Richtung) 1350 Stimmen abgegeben, für die Liste der Kommunisten aber nur 346 Stimmen.

Der Wahlausfall in Leipzig.

Leipzig, 28. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Die Urwahlen der Delegierten zum Verbandstag der Metallarbeiter endeten trotz größter Anstrengung der SPD. mit einer Niederlage für sie. Die Liste A (Amsterdamer Richtung) erhielt 4039, die Liste B (SPD.) 3272 Stimmen. Zwei Wahllokale stehen noch aus, jedoch dürfte sich an dem Ergebnis nichts wesentliches mehr ändern.

Das Wahlergebnis in Bremen.

Bremen, 28. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Einen guten Aufschlag zu dem Verbandstag des Metallarbeiterverbandes in Bremen bildete die Wahl der Bremer Delegierten. Die Kommunisten hatten ihre ganze agitatorische Kraft aufgeworfen, um am Tagungsort des Verbandstages kommunistische Delegierte bei der Wahl durchzubringen. Sie rechneten dabei mit der starken Erwerbslosigkeit, namentlich in der Bremer Werstindustrie, und hatten einen Schleppeidienst eingerichtet, der jeden kommunistischen Metallarbeiter zur Wahl heranzog. Aber alle Anstrengungen haben den Kommunisten nichts genützt. Von den rund 2300 abgegebenen Stimmen haben sie nicht einmal ein Drittel erhalten, so daß die Amsterdamer Richtung glänzend siegt hat. Von Jahr zu Jahr sind die Erfolge der Kommunisten bei den Bremer Metallarbeitern zurückgegangen.

„Was man Arbeitern bietet.“

Zu der unter dieser Überschrift in Nr. 288 des „Vorwärts“ gebrachten Schilderung über den im Restaurant Regina-Palast am Zoo besetzten Umgang mit Menschen, die dort als Angestellte tätig sind, erhalten wir von dem ehemaligen Betriebsrat Reinte eine Berichtigung. Reinte war nachgefragt worden, daß er für die Beschwerden seiner mißhandelten Kollegen

nur ein Aufseherzucken übriggehabt habe. Dagegenüber hat er hauptsächlich Reinte, daß die beiden geschlagenen Kollegen sofort nach Hause gegangen seien, ohne den Betriebsrat von den Vorgängen in Kenntnis zu setzen, und fortgeblieben sind, ohne beim Betriebsrat Einspruch gegen ihre Entlassung zu erheben. Auch der weitere Vorwurf, daß der Betriebsrat eine zweideutige Stellung eingenommen habe, sei unbedeutend. Reinte stellt es dem Verfasser unserer Notiz frei, ihm auf dem Verbandsbureau gegenüberzutreten.

Um den Achtstundentag in den englischen Bergwerken.

London, 28. Juni. (W.B.) Der heute beginnenden Debatte über die Regierungsvorlage betreffend den Achtstundentag in den Bergwerken wird in den Blättern mit großem Interesse entgegengeesehen, da man von der Arbeiterpartei den heftigsten Widerstand erwartet. Der Präsident des Bergarbeiterverbandes Herbert Smith sagte gestern in einer Rede, wenn man einmal wieder beim Achtstundentag angelangt sei, dann würden die Bergleute während der nächsten 50 Jahre nicht wieder zum Siebenstundentag zurückkehren. Wenn sie durch Hunger zur Kapitulation gezwungen werden sollten, dann sei eine Lohnerminderung einer Vermehrung der Arbeitszeit vorzuziehen.

London, 27. Juni. (W.B.) Der Bergarbeiterführer Coot sagte in einer Rede, falls die Regierung die Achtstundenvorlage zurückziehe und die Einwilligung dazu gebe, daß der Betrieb auf den Gruben zu den vor dem Streik geltenden Bedingungen wieder aufgenommen werde, verspreche er, daß seine Kollegen er sich mit der Regierung zwecks Schaffung eines Verfahrens für Erzielung eines Lohnabkommens ins Benehmen setzen würden, welches ohne obligatorisches Schiedsverfahren Gültigkeit haben sollte.

Die Differenzen mit der Firma Oskar Böhm, an der Putzbrücke 6, sind durch Verhandlung beigelegt. Die Firma erkennt den Tarifvertrag für das Schwerindustrieergewerbe in seinen gesamten Bestimmungen an und hat sich weiter verpflichtet, den beschäftigten Aussehern und Arbeitern ihres Betriebes in Zukunft eine menschenwürdige Behandlung teil werden zu lassen. Deutscher Verkehrsbund. Abtlg. Glasfuhrgewerbe.

21. Verbandstag der Schuhmacher.

Bierter und fünfter Tag.

Am vierten Verhandlungstage beschäftigte sich der Verbandstag in einer geschlossenen Sitzung mit der Lohn- und Tarifpolitik.

Am fünften und letzten Verhandlungstage wurde als Ergebnis der geschlossenen Sitzung eine Resolution vorgelegt, die von der Opposition bekämpft wurde. Die Resolution wurde bei Stimmenthaltung der Opposition angenommen. Sie wendet sich gegen die reaktionären Bestrebungen der Unternehmer und protestiert gegen die im Schiedsspruch enthaltenen Verschlechterungen. Der Vorstand wird beauftragt, alles daranzusetzen, damit die Verschlechterungen wieder beseitigt werden. Außerdem wird in der Resolution gegen die formaljuristische Auslegung des Tarifvertrages Stellung genommen und darauf verwiesen, daß die Löhne der Schuhindustrie weit hinter denen der Arbeiter anderer Berufe zurückbleiben. — Reine (Breslau) gab dann den Bericht der Statuentkommission. Er beschäftigte sich zunächst

mit der Beitragsfrage

und schlug vor, die wöchentlichen Beiträge wie folgt festzusetzen: 1. Klasse 20 Pf.; 2. Klasse 40 Pf.; 3. Klasse 60 Pf.; 4. Klasse 80 Pf.; 5. Klasse 90 Pf. Die Aufnahmegebühr soll für Jugendliche 30 Pf. und für Erwachsene 1 M. betragen. Die Aufnahmegebühr wurde in der von der Kommission vorgeschlagenen Form einstimmig beschlossen. Weiter die Beitragshöhe einwöchentlich eine längere Debatte. Es wurde schließlich der von der Statuentkommission vorgeschlagenen Festsetzung zugestimmt. Hierauf wurden die Anträge zum Statut durchberaten. Die Aussprache nahm fast den ganzen Tag in Anspruch. Im Laufe der Verhandlungen wurden auch die Anträge der ausgeschlossenen auf Wiederaufnahme durchberaten. Die Statuentkommission, die mit der Unteruchung der nachigen Fälle beauftragt war, entschied sich dahin, daß im Falle Frankfurt der Beschluß des Hauptauschusses zu Recht besteht, daß aber einen Anträge auf Wiederaufnahme nichts im Wege steht, wenn die Antragsteller die Beschlüsse des Verbandstages anerkennen. Im Falle Offenbach empfahl die Kommission, den Antrag auf Wiederaufnahme abzulehnen. Nach einer kurzen Debatte wurde beschlossen, dem Vorschlag der Kommission zuzustimmen. Es soll aber den ausgeschlossenen Gelegenheit gegeben werden, beim Hauptvorstand einen Antrag auf Wiederaufnahme zu stellen. Der Vorstand soll dann von Fall zu Fall entscheiden, ob dem Antrag stattgegeben werden kann. — Am Schlusse der Tagung wurde die Vorstandswahl vorgenommen.

Der alte Vorstand wurde wiedergewählt.

Mit einem kurzen Schlußwort des Genossen Simon wurde der Verbandstag geschlossen.

Genosse Simon hob in seinem Schlußwort hervor, daß sich der Verbandstag durch eine sachliche Diskussion ausgezeichnet habe. Dies sei zu begrüßen und mehr denn je müsse man das einigende Moment in den Vordergrund stellen, um die schweren Kämpfe der Zukunft siegreich bestehen zu können. Damit hatte der Verbandstag sein Ende erreicht.

Verantwortlich für Politik: Groß Reuter; Wirtschaft: Arns Calerms; Gewerkschaftsbewegung: Friede, Calorn; Neulleton; A. S. Wäber; Cololes und Conlines; Fria Rarhdt; Anstoen; Th. Gred; sämtlich in Berlin. Berlin: Vorwärts-Berlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 6, Lindenstraße 3.

Deutsches Theater
Norden 10334-38
8½ Uhr
Max Adalbert
in
Das Skel

Kammerspiele
Norden 10334-38
Nur bis 30 Juni
8½ Uhr:
Gastsp. Maria Orska
Meine Cousine
aus Warschau
Die Komödie
Bismarck 2414, 7516
8½ Uhr:
Week-end

Städtische Oper
Charlottenburg
7 Uhr:
Lohengrin
Abonn.-Turnus IV

Theater u. Koff. Tor
Zagl. 8 Uhr:
Elite-Sänger
V. L.-15. Juhl
Gastspiel
der Magdeburger
Elite-Sänger
mit einem labelhalt
Heberaldungs-
Programm!

Reichshallen-Theater
Abends 8 Uhr
Stettiner Sänger
Neu!
Ein Hausball bei Meyer's
Sänger Barinka von Neys.
Dönhoff-Brett! (Gast u. Gert.)
Variet! - Konzert! - Tanz!

Berliner Ulk-Trio
Neukölln, Lahnstr. 74/75 L

Sinalco
Gebt Euren Kindern



Die echte Bilzbrause
nahrhaft, erfrischend, bekömmlich,
da aus bestem Zucker und naturreinem
Fruchtaroma hergestellt.

Das beste Mittel gegen
Asthma
starke Verschleimung
besonders des Morgens
tuberkulöse Lungenleiden etc.
sind die
Rofolin-Pillen

Erhältlich in allen Apotheken zu M. 2.80
bei 3 Schachteln nur M. 2.50.

Hauptniederlage und Versand
Johannier-Apothek, Bin., Planufer 11
gegenüber d. Kreuzkirche, n. Hallesches Tor
Ausführliche Flugschrift kostenlos
durch
MYLIUS & CO., Berlin SW 61

Tapeten von 25, 30, 35 Pl. an
Riesenauswahl,
herrliche Muster, Linoleum u. Wachstuche, Cocos-
matten nur bester Qualität in großer Auswahl.
R. Lode, Artilleriestraße 30a
Ecke Elsasser Straße

Rofolin
bedarf

Stauerpenden
jeder hat
seinen preiswert
Paul Gollets
normalt Isert W.
Mariannenstr. 3
amt Reichgal. 10300

Wald und Wasser!
Parzellen verkauft in Benthig-Buchholz,
Station Dalbe, Strada Königsmühler-
hausen, per qm 0,30 bis 0,60 M. je nach
Lage, bequeme Zahlungen. Schriftliche
Anfragen erbeten. Imago G. m. b. H.,
Friedrichstr. 23.

Urgens

Gummi-Mäntel

Verkäufe

Pumpen

nach Maß
Pelerinen, Wind-
jacken, Reparaturen
Spezialgeschäft
Weinheber, Nehr. 1
d. Gerttraudenstr.

Möbel
Bettentzuzüge, „Reimiffino“, Metall-
betten, Aufhängematzen, Chaiselongues,
Walter, Stangerberstraße 24/25,
Spandauerort.

Der gute Kapitän-Kanfabak
C. Röcker, Berlin
Lichtenberger Straße 22, Kgst. 3561

Musikinstrumente
Wienas preiswert, Klaviermacher
Einf. Brunnenstraße 33
Kaufgesuche
Gedruckte Sauf Lindenstraße 13.